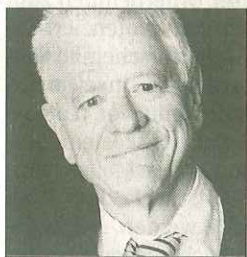


Keynes – nein, danke!



Von Franz Jaeger

Was in den durch die Finanzkrise kontaminierten Wirtschaftsräumen USA und Grossbritannien zur Depression auszuarten droht, hat mittlerweile auch Europa, ja selbst – obwohl spät und moderiert – unser Land eingeholt: Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wird hierzulande im kommenden Jahr, gemessen am Bruttoinlandprodukt BIP, möglicherweise um gegen 1% schrumpfen und auch 2010 bestenfalls nur verhalten und unter dem Potenzialpfad von 1,9% wachsen. Dass angesichts solcher Sinkflugperspektiven von immer mehr Experten, Politikern und Medienleuten Vergleiche mit der Weltwirtschaftskrise der Dreissigerjahre heraufbeschworen werden, dem Kapitalismus der Garaus vorausgesagt und die soziale Marktwirtschaft – die uns immerhin seit dem Zweiten Weltkrieg zu einem noch nie dagewesenen Wohlstand verholfen hat – als untauglich abgeschrieben wird, ist nachvollziehbar und wohl der Aufgeregtheit einer besitzstandsverwöhnten Gesellschaft zuzuschreiben.

Angst macht allerdings, wie jetzt weltweit nach dem Übertäter Staat gerufen wird – als heilbringender Regulator, Firmenretter und neuesten auch als Konjunktursteuerer. Und das nicht nur von linken Ideologen, sondern auch von bislang markt-ingeschworenen Wirtschaftskreisen. Nachgerade beklemmend wird es, wenn ein aufgeklärtes Gremium wie der deutsche Sachverständigenrat, sozusagen das wirtschaftsliberale Gewissen Deutschlands, seine jahrzehntelang gehegten ordnungspolitischen Überzeugungen mir nichts, dir nichts über Bord wirft und sich zum Protagonisten einer staatlichen, das heisst marktinterventionistischen und schuldenfinanzierten Konjunkturpolitik mausert.

Populistische Verpackung

Zelebriert wird die wundersame Wiederauferstehung des Keynesianismus euphemistisch als Investition in mehr Verteilungsgerechtigkeit, Wissen, Klima und Zukunft. Erst solche populistische Verpackung macht keynesianische Konzepte bei zerstrittenen Lobbyisten und Politikern mehrheitsfähig.

Freilich, der Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise sowie der Rückgriff auf die – damals angemessene – Rezeptur einer antizyklischen Konjunkturbelebung führen in die Irre. Damals haben die Massenerbeitslosigkeit

auf gewerkschaftlich dominierten Arbeitsmärkten, aber auch die mangels Nachfrage unverkauften Warenberge auf monopolisierten bzw. kartellierten Gütermärkten (fast) keinen Wank mehr gemacht. Denn sowohl die Löhne als auch die Güterpreise verhielten sich mangels Wettbewerb nach unten starr. Die nationalen Binnenmärkte waren gross und nach aussen protektionistisch abgeschottet, die nationalen Aussenwirtschaften von geringer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Die Notenbanken horten Gold, statt Geld in Umlauf zu bringen. Staat, Unternehmen und Private sparten – krisenverängstigt –, was das Zeug hielt, und blieben ebenfalls auf ihrem Bargeld sitzen. Der Teufelskreis war nicht mehr zu bremsen, die Nachfragerücken wurden zum eskalierenden Massenphänomen.

In solch desolater Situation vermochte, so postuliert Keynes, nur noch staatliche

Was das Schweizervolk von Konjunkturpaketen auf Pump hält, ist gemäss Umfrage klar: wenig bis gar nichts.

Nachfrage(stimulierung) Remedur zu schaffen: durch Beschäftigungsprogramme sowie durch eine kaufkraftsteigernde Senkung von Steuern und Abgaben, durch eine Umverteilung zugunsten unterer Einkommensklassen mit gleichzeitiger Erhöhung der öffentlichen Ausgaben und Sozialleistungen – beides unter Inkaufnahme steigender Staatsdefizite, Löhne und Preise. Darauf reagierten die Arbeitnehmer, indem sie mehr konsumierten, und die Produzenten, indem sie mehr produzierten und investierten. Das Ganze multiplizierte sich: «Mehr Konsum – mehr Investition – mehr Einkommen – mehr Konsum», das war der Tugendpfad, der gemäss Keynes aus der Krise führte. Folgerichtig ergänzten später die Keynes-Schüler das rein fiskalistische Konzept ihres Lehrmeisters durch Anrathung einer systematisch inflationären Politik des billigen Geldes seitens der Notenbanken.

Das alles funktionierte jahrzehntelang mehr recht als schlecht. Doch Ende der Siebzigerjahre folgte – von den Monetaristen vorausgesagt – die totale Ernüchterung. Die keynesianischen Rezepte versagten mehr und mehr und wirkten seither gar kontraproduktiv. Wie wenn Seidenpapier im Cheminée verbrannt wird: Es entfaltet sich kurz Hitze und Licht – am Ende bleibt nur Schmutz und Asche. Warum? Weil sich die Welt eben grundlegend verändert hat. Die Wirtschaftsakteure leiden – wenn überhaupt – nur noch kurzzeitig unter Geldillusion: Der Tausch von Arbeitslosigkeit gegen Inflation funktioniert nicht mehr. Keynesianische Nachfragestimulierung bleibt – wie

die praktischen Erfahrungen immer wieder bestätigen und modellbasierte Simulationen eindrücklich illustrieren – zumeist ohne nachhaltige BIP- und Beschäftigungseffekte. Die nationalen Märkte haben sich mittlerweile geöffnet, Monopole wurden Zug um Zug liberalisiert, Kartelle abgebaut, Marktprozesse dereguliert und der Einfluss der Gewerkschaften zurückgebunden. Preise, Löhne und Zinsen bleiben in konjunkturschwachen Phasen nicht mehr starr nach unten. Nationale Konsumstimulierung (sei es durch Gebühren- oder Steuer-senkungen, sei es durch Krediterleichterungen) verpufft – insbesondere in extrem ausenwirtschaftlich verflochtenen Volkswirtschaften wie der Schweiz – via Importkäufe im Ausland.

Wo nicht, werden die Konsumenten ihre gewonnenen Kaufkraftpolster aus Krisen- und Arbeitsplatzängsten für später zurücklegen. Ähnlich verhalten sich private Investoren. Exakt aus diesem Grund werden jetzt bei uns die staatlich organisierten Arbeitsbeschaffungsreserven abgeschafft.

Wirkungslos und kontraproduktiv

Konjunkturökonomisch als besonders untauglich erweisen sich staatliche Impulsprogramme. Damit werden entweder marode Unternehmen gerettet oder desaströses Managementversagen (wie im Falle der Autoindustrie) belohnt. Beides konserviert schwache Strukturen, schwächt langfristig die Wettbewerbsfähigkeit und wirkt zuletzt standort- und beschäftigungsfeindlich.

Etwas besser schneiden staatliche Investitionsprogramme zwecks Förderung von Bildung, Forschung und Infrastruktur ab. Das allerdings nur unter der strikten Bedingung, dass es sich dabei um eine Vorverschiebung von Projekten handelt, die nachgewiesenermassen wachstumsrelevant sowie ausführungsfähig sind und deren Finanzierung in der langfristigen Finanzplanung solid sichergestellt ist. Als Rohrkrepierer erweist sich indes das Vorziehen von Infrastrukturprojekten, wenn damit – wie etwa im Falle der Förderung der deutschen Bauwirtschaft – einer Branche geholfen wird, die relativ gut ausgelastet ist.

Vorteile in Bezug auf Effizienz und Kollateralwirkungen weist auch eine moderat antizyklische, jedoch stets auf ihre Primäraufgabe der Geldwertstabilisierung fokussierte Zinspolitik der Notenbank auf. Das aber nur unter der Bedingung, dass Letztere nicht – wie im Falle des Fed – Moral Hazard generiert, privates Risikobewusstsein erstickt, sich selbst zum Hedge Fund

Fortsetzung auf Seite 6

Keynes – nein, danke!

entwickelt und mit Blick auf den Wiederaufschwung gigantische Inflationspotenziale aufbaut. Erste Aufgabe der Notenbank ist es, in der Konjunktur- und Vertrauenskrise den Interbanken- bzw. den Zahlungsverkehr und damit den Geldumlauf zwischen Banken- und Nichtbanken sicherzustellen. So gesehen darf die Pfandbriefaktion der Schweizerischen Nationalbank geradezu als Meisterstück bezeichnet werden.

Allen finanz- und sozialpolitischen Stimulierungsprogrammen ist indes der kaum je vermeidbare Nachteil gemeinsam, dass sie sich weder korrekt dosieren noch – wegen der überlangen Beschluss- und Wirkungsverzögerungen – hinreichend genau terminieren lassen. Ihre Wirkung entfalten sie meistens zu spät, ja sogar prozyklisch, das heisst erst im Wiederaufschwung. Noch gravierender: Expansive Stimulierungsprogramme sind populär, erhöhen jedoch die Staatsquote sowie die private und die öffentliche Verschuldung. Eine Politik der Konjunkturdämpfung im folgenden Auf-

schwung (Zinsen und Steuern erhöhen, Staatsausgaben senken) bleibt jedoch – weil unpopulär – regelmässig aus. Auf diese Weise generiert die keynesianische Konjunkturpolitik fortgesetzt strukturelle Etatisierungs- und Verschuldungsschübe, die nach jeder Krise eine Stufe höher führen. Was das Schweizervolk deshalb von Konjunkturpaketen auf Pump hält, ist gemäss Umfrage klar: wenig bis gar nichts.

Unter diesen Gesichtspunkten muss das bisherige amerikanische Krisenmanagement als eine irrlichernde Politik der Verzweiflung und im Vergleich dazu jenes unserer Nachbarn – etwas milder – als unbeholfenes und orientierungsloses Sammelsurium charakterisiert werden. Davon hebt sich die unaufgeregte und zurückhaltende Konjunkturpolitik unserer Regierungsmehrheit – zumindest bis heute – wohltuend ab. Das Trio aus den Bundesräten Merz/Leuthard und Nationalbankpräsident Roth verdient Applaus.

Prof. Dr. Franz Jaeger, Executive School for Management, Technology and Law der Uni St. Gallen.